

# Beim Elektronikschrott hoffen die Gemeinden aufs Parlament

Die Akzeptanz für die vorgezogene Recyclinggebühr auf Elektroaltgeräte in der Bevölkerung ist hoch. Trotzdem ist die freiwillige Gebühr in Gefahr – weil immer mehr im Ausland eingekauft wird. Der SGV plädiert für ein Obligatorium.



Ein System steht auf der Kippe: die Verwertung von Elektroschrott. Die ist hierzulande wie ein zwar immer noch knuffiges, aber mehr und mehr vernachlässigtes Haustier: Langsam in die Jahre gekommen hinkt es dem Zeitgeist buchstäblich hinterher. Aber man hat es lieb, selbstredend, denn es ist bequem: Man zahlt eine, seien wir ehrlich, marginale Gebühr und hat die gesamten Kosten, die der Fernseher, der Vibrator oder der ferngesteuerte Helikopter bei der Entsorgung verursacht, schon beim Kauf bezahlt. Ein Gang

zum Sammelhof oder zum nächsten Verkaufsladen von Elektronikartikeln reicht, und das Gerät ist weg. Bequemer geht es wirklich nicht.

## **Tonnenweise Kupfer, kiloweise Gold**

Das wird so bleiben, so oder so. Zumindest für den Konsumenten. Denn das Recycling von Stoffen aus ausgedientem Elektronikbedarf ist unverzichtbar, das zeigen folgende Zahlen eindrücklich: Seit der Einführung der «vorgezogenen Recyclinggebühr», kurz vRG, im Jahr 1990 hat alleine die Stiftung Sens eRecy-

cling rund 30000 Tonnen Kupfer und über 100 Kilo Gold zurück in den Kreislauf gelenkt.

## **Einkaufstourismus als Spielverderber**

Hinter den Kulissen aber rumort es gewaltig. Denn die Elektroschrottreycling-Branche hat zunehmend mit einem Widersacher zu kämpfen, gegen den der Detailhandel schon seit Jahren mit allerlei Fantasie, Appellen und Säbelrasseln anrennt: dem Einkaufstourismus. Denn die vRG ist eine freiwillige Abgabe, und längst wird sie nicht einmal von allen



*Kühl- und Gefrierschränke, Leuchten, Baugeräte, Spielwaren und Fotovoltaikkomponenten: Das Recycling des Elektronikschrotts zahlen Konsumenten schon beim Kauf in Form der vorgezogenen Recyclinggebühr – sofern die Händler sie denn zum Preis hinzuschlagen. Das ist bei Produkten aus dem Ausland kaum der Fall, weshalb immer weniger Geld im Recyclingtopf landet. Bild: Stiftung Sens*



Schweizer Händlern von Elektro- und Elektronikprodukten gestützt.

### **Auch Hornbach, Otto's und Co.**

Eine Liste der schwarzen Schafe zählt knapp 90 Nichtsystemteilnehmer, die sich durch Unterwanderung des Systems einen kleinen Preisvorteil erhoffen. Darunter figurieren etwa die Baumarktkette Hornbach, der Elektronikversandhändler Venova aus dem bündnerischen Münster oder der Detailhändler Otto's. Über 1000 Hersteller, Händler und Importeure sind dagegen Teil des Rücknah-

mesystems, das seit einem Vierteljahrhundert bestens funktioniert, ja eine regelrechte Erfolgsgeschichte ist.

Trotzdem stellt sich die Frage, ob auf Freiwilligkeit basierende Rücknahmesysteme nicht doch ein Auslaufmodell sein könnten. Der Bundesrat stellte jedenfalls Anfang 2017 fest, dass sie «zunehmend unter grösserem finanziellen Druck stehen». Nicht zuletzt darum diskutierte die Branche vor rund einem Jahr am ersten «eWaste-Forum» über Sinn und Unsinn freiwilliger Systeme. Doch wie so oft gibt es nicht nur eine Antwort.

### **Fragile Fairness**

Schliesslich sind es die Produkte aller, die früher oder später im Kreislauf des eRecyclings landen, dermassen bequem ist die Entsorgung. Und mal ehrlich: Wer prüft beim Kauf eines Rasierapparats in Konstanz oder einer Computermaus via Amazon schon, ob der Händler die vRG entrichtet? Genau das aber schmerzt nicht nur die Recyclingunternehmen: Es bringt die gesamte Ordnung in Schiefelage. Denn ein System, von dem alle profitieren, das aber nur von einem Teil finanziert wird, kollabiert früher oder später. Weil die Finanzen ausgehen: Auf vier Millionen Franken schätzt die Branche die Ausfälle allein wegen der Käufe im Ausland. Oder weil die Zahler den Profiteuren nicht länger das Feld überlassen: Die Stimmung der Eingebundenen kann jederzeit kippen, denn Fairness ist zentral – und Geduld ein fragiles Gut. Das weiss auch Sabrina Bjöörn. Sie ist für die Kommunikation bei der Stiftung Sens verantwortlich. Diese betreibt ein gesamtschweizerisches Rücknahmesystem für Elektroschrott wie Haushaltsklein- und -grossgeräte, Kühl- und Gefrierschränke, Leuchten, Baugeräte, Spielwaren und Fotovoltaikkomponenten. Ein ganzes Team kümmert sich hier allein um die Beackerung der Drückeberger.

Ihr Mitbewerber, wenn man so will, ist Swico Recycling. Das – wie übrigens auch Sens – nicht gewinnorientierte Unternehmen rezykliert Geräte aus Informatik, Büro, Kommunikation, der grafischen Industrie, aus Mess- und Medizinaltechnik sowie Unterhaltungselektronik. Gemeinsam haben die beiden Entsorger 137808 Tonnen Elektroschrott (Zahl von 2016) gesammelt, demontiert, rezykliert und entsorgt – 4000 Tonnen mehr als im Jahr zuvor. Das sind insgesamt mehr als 16 Kilogramm pro Einwohner.

Genau diese Einwohner, das betont Sabrina Bjöörn, sind sich der Problematik kaum bewusst. Wie auch, dermassen reibungslos läuft das System trotz allem – und dermassen komfortabel ist es für die Verbraucher. Trotzdem lässt Sens seit einem halben Jahr einen Versuchs-

[gemeindeenergie.ch](http://gemeindeenergie.ch)



  
**6. Energiekongress 2018**

**Energiestrategie  
vor Ort umsetzen**

Freitag, 1. Juni 2018  
Olma Messen St.Gallen  
[www.energiekongress.ch](http://www.energiekongress.ch)

  
energieagentur  
sankt.gallen

Kanton St.Gallen  
Amt für Wasser und Energie 

 **st.gallen**  
Umwelt und Energie

## Zusammenschluss geplant?

Wir helfen Ihnen herauszufinden, ob die Vereinigung mit einer anderen Gemeinde der richtige Weg für Sie ist. Und auch bei deren erfolgreichen Umsetzung sind Sie bei uns an der richtigen Adresse.

Federas Beratung AG  
Mainaustrasse 30, Postfach, 8034 Zürich,  
Telefon +41 44 388 71 81, [federas.ch](http://federas.ch)  
Laupenstrasse 35, Postfach, 3001 Bern,  
Telefon +41 31 380 70 12

**federas**  
für die öffentliche Hand



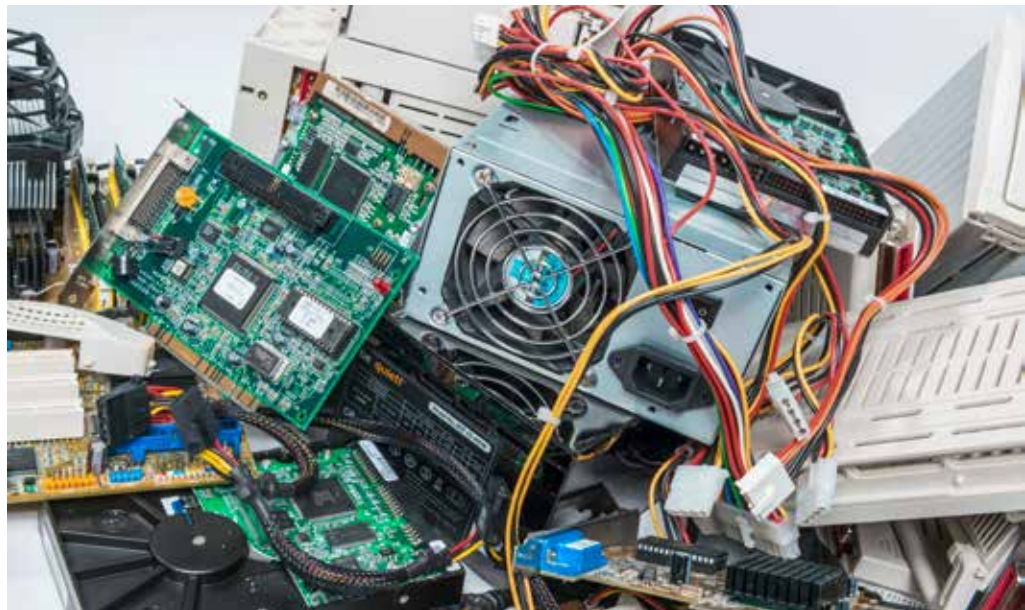
ballon steigen: die «Fair vRG», die es Käufern von Elektronik im Ausland oder online ermöglicht, eine pauschale Recyclinggebühr von fünf Franken via SMS zu entrichten. «Das Feedback ist sehr positiv», sagt Sabrina Bjöörn. Positiv, aber weitgehend unbekannt, entsprechend übersichtlich sind die Zahlungseingänge. Die Stiftung hat das Angebot nie beworben.

Nicht nur die beiden Organisationen, auch die Politik hat das Problem erkannt, die eidgenössischen Räte debattieren in zyklischer Regelmässigkeit über die Problematik. Die aktuelle Speerspitze gegen die Zersetzung des Elektrorecyclings heisst 17.3636. Sabrina Bjöörn kennt die Nummer der Motion mit dem Titel «Dringender Handlungsbedarf beim System der Rücknahme und des Recyclings von Elektroaltgeräten» auswendig.

Mit ihr beauftragt der Ständerat die Bundesregierung, ein vom Bundesamt für Umwelt ausgearbeitetes Obligatorium mit Befreiungsmöglichkeit «zeitnah» umzusetzen, um Trittbrettfahrer ins Boot zu holen. Die Idee dahinter ist, das heute freiwillige System mit einer obligatorischen Abgabe, etwa für ausländische Onlinehändler, zu ergänzen. «Unverhältnismässiger Aufwand», entgegnet der Bundesrat, beantragt die Ablehnung der Motion und schlägt stattdessen ein Vollobligatorium vor. Dieses würde, im Gegensatz zur beantragten Mischlösung, einen vertretbaren administrativen und personellen Aufwand verursachen.

Der Ständerat hat die Motion 17.3636 angenommen, als Nächstes wird sich ihr der Nationalrat widmen, voraussichtlich während der Sommersession, die am 28. Mai 2018 beginnt. Sowohl bei Swico Recycling als auch bei Sens ist man sich einig, dass freiwillige Branchenlösungen privatwirtschaftlichen wie auch staatlichen überlegen sind. Darum arbeiten sie darauf hin, am bestehenden System, ergänzt um Verbesserungen, festzuhalten. «Denn das freiwillige System funktioniert eigentlich gut – wenn die Knacknuss Auslandkäufe nicht wäre», sagt Sabrina Bjöörn. Deshalb, betont sie, sei man auf die Unterstützung aus Bundesbern angewiesen. Denn die Schlagkraft ihrer Organisation – und der Branche überhaupt – ist gering, darum auch der fehlende Marketingfeldzug für die «Fair vRG», darum die kaum informierte Öffentlichkeit. Aber vernachlässigte Haustiere behandelt man auch nicht mit Schlagkraft. Und knuffige schon gar nicht; man behütet sie.

*Lucas Huber*



2016 wurden 137808 Tonnen Elektroschrott gesammelt, demontiert, rezykliert und entsorgt. Das sind mehr als 16 Kilogramm pro Einwohner.

*Bild: Swico*

### Der SGV plädiert für ein Vollobligatorium

Viele Gemeinden stehen beim Sammeln von Elektrogeräten vor hohen ungedeckten Kosten, und zwar nicht erst seit gestern: Die Vergütungen seien für die Gemeinden seit Einführung der vRG nie kostendeckend gewesen, sagt Ulrich Schwarzenbach, Vorsitzender der Fachgruppe Abfallwirtschaft der Organisation kommunale Infrastruktur (OKI).

Die Tarifrückführung, die die Stiftung Sens 2017 umsetzte, war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Im Gegensatz zur Sens leidet die Swico kaum unter dem Einkaufstourismus: Unterhaltungselektronik, wie sie die Swico rezykliert, ist in der Schweiz günstiger als im Ausland. Eine Waschmaschine hingegen kostet etwa in Deutschland deutlich weniger als in der Schweiz.

Derweil die Recyclingbranche eine Erhöhung der vorgezogenen Recyclinggebühr als Lösung proklamiert, bringen sich die Verbände in den politischen Prozess ein. Und der geht in der Sommersession des Parlaments ab Ende Mai in die nächste Runde. Zur Debatte stehen ein Vollobligatorium, wie es der Bundesrat vorschlägt, oder ein Grundsatzobligatorium mit Befreiungsmöglichkeit, wie es etwa Sens und Swico begrüssen. Auch eine Lösung in Form einer Grundgebühr wäre denkbar, widerspräche allerdings der Zielvorstellung, die eine Finanzierung nach dem Verursacherprinzip vorsieht. Der Ständerat hat dem Prinzip «Obligatorium

mit Befreiungsmöglichkeit» bei der Rücknahme und dem Recycling von Elektroaltgeräten zugestimmt. Damit würde die freiwillige Branchenlösung durch eine obligatorische Entsorgungsgebühr ersetzt. Unternehmen, die sich dennoch an einem freiwilligen System beteiligen, können von der obligatorischen Gebühr befreit werden. Grund für die Schaffung dieses «Grundsatzobligatoriums» ist die hohe Zahl an Trittbrettfahrern, die durch Einkaufstourismus und Onlinehandel entstanden ist, wo keine Abgabe erhoben wird.

Der Bundesrat lehnt die Anpassung ab; die vorgeschlagene Lösung führe zu einer massiven Aufblähung des administrativen Apparates. Die Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung des Grundsatzobligatoriums seien absehbar, insbesondere bei der Kontrolle der Geldflüsse zwischen der vom Bund beauftragten Organisation und den freiwilligen Finanzierungssystemen.

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) plädiert aufgrund derselben Überlegungen für ein Vollobligatorium. Dieses wäre für die Gemeinden am einfachsten umzusetzen. Sollte ein Vollobligatorium vor dem Parlament keine Chance haben, schliesst sich der SGV der Ständeratslösung, also dem Obligatorium mit Befreiungsmöglichkeit, an. Prioritär ist aus Sicht der Verbände, dass in diesem Bereich nun endlich rasch gehandelt wird.

*LH/dla*